

GR. Kurt HOHENSINNER

27.04.2006

A N T R A G

Betr.: Kostenloser, kabelloser Internetzugang auf öffentlichen Plätzen – WLAN

Das Internet begleitet uns heutzutage sowohl im beruflichen als auch im privaten Leben. Einige europäische Städte setzen auf den Ausbau von kostenlosen kabellosen Internetzugang auf öffentlichen Flächen. Ziel ist es, WLAN Oasen zu schaffen, die Infrastruktur um eine neue Dienstleistungsqualität für BürgerInnen und die Wirtschaft zu bereichern und optimale Voraussetzungen für mobiles Arbeiten im Stadtgebiet zu setzen.

Die Kosten pro „Hotspot“ (Sendestation) liegen bei zirka 400 Euro zuzüglich Betriebskosten.

Gesundheitlich gibt es keine Bedenken: WLAN hat lediglich ein 20stel der Strahlung eines üblichen Mobiltelefons und kommt genauso auch in Krankenhäusern zur Anwendung.

Die Stadt Graz könnte mit einer Einrichtung von WLAN auf öffentlichen Plätzen SchülerInnen, StudentInnen, ArbeitnehmerInnen und Touristen einen weiteren Schritt zur grenzenlosen Informationstechnik bieten.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständigen Magistratsabteilungen mit der Prüfung der Möglichkeit einer Umsetzung von WLAN (Wireless Local Area Network) auf öffentlichen Plätzen beauftragen.

GR. Kurt HOHENSINNER

27.04.2006

A N T R A G

Betr.: Behindertenparkplatzplan

Behindertenparkplätze sind kein Privileg für Menschen mit Behinderung, sondern eine unverzichtbare Erleichterung in der Mobilität. Behinderte VerkehrsteilnehmerInnen sind auf Behindertenparkplätze angewiesen, um am öffentlichen Leben in der Stadt teilnehmen zu können.

Das Straßenamt ist sehr bemüht, ausreichend Behindertenparkplätze in Stand zu halten bzw. nach Bedarf das Angebot zu erweitern.

Durch Bautätigkeiten und Stadtentwicklung werden oft Parkplätze örtlich verschoben.

Für §29b Ausweisbesitzer wäre ein stets aktueller Behindertenparkplatzplan wünschenswert und eine große Mobilitäts erleichterung.

Im zuständigen Amt wurde bereits die Möglichkeit einer Übersicht auf der Homepage der Stadt Graz angedacht.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Der Gemeinderat möge die Mag.Abt. 10/1-Straßenamt beauftragen, alle in Graz vorhandenen Behindertenparkplätze zu digitalisieren, eine Übersicht derselben auf der Homepage der Stadt Graz online zu stellen und auch laufend zu aktualisieren.

GR. Sissi POTZINGER

27.04.2006

A N T R A G

Betr.: verstärkte Führung von Öffentlichen Verkehrsmitteln zu Friedhöfen um Muttertag, Allerheiligen und Weihnachten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Geschätzte Damen und Herren!

Insbesondere für ältere MitbürgerInnen unserer Stadt wird es zunehmend beschwerlich, die Grazer Friedhöfe mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Insbesondere um Muttertag, Allerheiligen und Weihnachten besteht der Wunsch nach Einsatz zusätzlicher öffentlicher Verkehrsmittel. Ein spezielles Problem hat sich beim Steinfeldfriedhof durch den Bauarbeiten der HL-AG ergeben: Die bisherige Anbindung des Friedhofs an den öffentlichen Verkehr durch die Friedhofgasse besteht nicht mehr - für ältere und gehbehinderte Personen ist aber der Fußmarsch von Haltestellen am Hauptbahnhof und in der Annenstraße eine große Bürde. Herr Bischofsvikar Dr. Heinrich Schnuderl hat daher bei der Bezirksversammlung des I. Bezirks am 21.März d.J. dieses Anliegen vorgetragen, welches ich auf diesem Wege als Betreuungsgemeinderätin im Gemeinderat einbringe.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Fraktion den

A n t r a g:

die zuständigen Stellen mögen für eine bessere Erreichbarkeit der Grazer Friedhöfe mit öffentlichen Verkehrsmitteln sorgen.

GR. Sissi POTZINGER

27.04.2006

A N T R A G

Betr.: Mehr für alle Eltern leistbare Kinderbetreuungsplätze - Aufhebung des Aufnahmestopps von privaten Einrichtungen zum einheitlichen Tarifsysteem von städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen (GR-Beschluß vom 9.11.2004)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Geschätzte Damen und Herren!

Kinder sind die Zukunft unserer Stadt - bedarfsgerechte, qualitätsvolle und leistbare familienergänzende Betreuungseinrichtungen sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß es jungen Menschen in Graz Familie gründen und leben.

Das in diesem hohen Hause auf Initiative der ÖVP am 29.11.2001 einstimmig beschlossene Tarifsysteem zur Gleichstellung von städtischen und privaten Einrichtungen ist seit Beginn des Betreuungsjahres 2002/03 in Kraft. Dadurch stehen den Grazer Familien über 2000 Kinderbetreuungsplätze privater und kirchlicher Anbieter zu den gleichen sozial gestaffelten Tarifen zur Verfügung wie in städtischen Einrichtungen. Damit ist ein bedeutsamer Schritt in Richtung Wahlfreiheit der Eltern umgesetzt worden. Tausende Familien, die vor dieser Maßnahme massive Probleme bei der Organisation der Kinderbetreuung hatten, konnte effizient geholfen werden - beispielsweise schrumpften die langen Wartelisten in öffentlichen Kindergärten und gleichzeitig wurden freie Plätze in privaten Einrichtungen in Anspruch genommen, die aus finanziellen Gründen vor Einführung der Tarifstaffel von vielen Familien nicht genutzt werden konnten.

Aufgrund der schwierigen finanziellen Situation der Stadt Graz beschloß der Gemeinderat am 9.11.2004 einen Aufnahmestopp für weitere Einrichtungen in das bestehende einheitliche Tarifsysteem.

In den letzten Monaten ist aufgrund steigender Nachfrage nach leistbaren Betreuungsplätzen von privaten und kirchlichen Anbietern der dringende Wunsch geäußert worden, den Aufnahmestopp aufzuheben. Tatsächlich ist diese Maßnahme der rascheste und effizienteste Weg zur Schaffung weiterer dringend notwendiger Kinderbetreuungsplätze. In diesem Zusammenhang sind, wie bereits mehrfach gefordert, auch bei Tagesmüttern sozial gestaffelte Beiträge zu ermöglichen.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Fraktion den

A n t r a g:

Die ressortzuständige Stadträtin möge ein dem Motivenbericht entsprechendes Gemeinderatsstück vorbereiten mit dem Ziel, mit Wirksamkeit ab September 2006 den Aufnahmestopp von privaten Einrichtungen zum einheitlichen Tarifsysteem von städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen aufzuheben. Weiters wird ersucht, geeignete Maßnahmen zu treffen, die auch bei Tagesmüttern ab September 2006 sozial gestaffelte Elternbeiträge ermöglichen.

GR. Rudolf TRUMMER

27.04.2006

A N T R A G

Betr.: Änderung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 1974

In meinem Antrag vom 18. März 2004 habe ich bereits auf die Problematik des § 26b Stmk. Raumordnungsgesetz – Stichwort Baulandmobilisierung – und die damit verbundene finanzielle Belastung gerade der landwirtschaftlichen Betrieb innerhalb der Stadtgrenze hingewiesen.

Wie bereits hinlänglich bekannt, wird das Stmk. Raumordnungsgesetz 1974 einer umfassenden Novellierung unterzogen, sodass ich die Gelegenheit ergreifen möchte, den ressortzuständigen Landesrat, Ing. Manfred Wegschneider, auf den diesbezüglichen Änderungsbedarf hinzuweisen. Zur Vermeidung von Wiederholungen darf ich auf meinen Antrag bzw. die darauf hin erstattete Petition verweisen und zusammenfassend die Notwendigkeit der diesbezüglichen Novellierung darstellen:

Die Verpflichtung zur Leistung der Investitionsabgabe für landwirtschaftlich genutzte Dorfgebiets- und Industriegebietsflächen sowie gegen den Willen der Grundeigentümer in Bauland gewidmete Flächen sollte ersatzlos gestrichen werden. Darüber hinaus erscheint die Vorschreibung der Investitionsabgabe in Höhe von 1,00 € / m² und Jahr jedenfalls zu hoch angesetzt bzw. sollte ein wesentlich verminderter Satz – vorstellbar wäre ein Betrag iHv. € 0,10 /m² und Jahr - auch nur für jene Flächen zur Anwendung gelangen, die anlässlich der nächsten Revision des Flächenwidmungsplanes über Antrag des Grundeigentümers als Bauland ausgewiesen werden.

Weiters erscheint die verpflichtende Vorschreibung der Bebauungsfrist im Vergleich zu einer diesbezüglichen „Kann-Bestimmung“ weniger vorteilhaft zur Steuerung des Grundstückmarktes im Rahmen der Baulandmobilisierung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, zum Schutze unserer Grazer Bauern stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat möge beschließen, eine dem dargestellten Motivenbericht entsprechende, neuerliche Petition an das Amt der Stmk. Landesregierung, FA 10A, bezüglich der Novellierung des Stmk. Raumordnungsgesetzes 1974 zu richten.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Reduzierung der
Baustellenzeit

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 27. April 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die derzeit eingerichtete Baustelle bei der Radetzkybrücke ist leider ein typischer Fall für eine verbesserungswürdige Ausschreibungs- und Vergabepolitik.

So kommt es immer wieder vor, dass Baustellen egal ob für Straßensanierungen, Gleisverlegungen oder im konkreten Fall für ein Kanalbauprojekt für unverhältnismäßig lange Zeit genehmigt und eingerichtet werden, da nur in einem Einschichtbetrieb gearbeitet wird.

Diese Baustellen „produzieren“ nicht nur zusätzlich Stau, sondern führen auch oft zum Verlust von Parkplätzen oder zwingen zur Verlegung von Haltestellen etc. Bei einer rascheren Bauabwicklung ließen sich diese Langzeitbaustellen und die sich dadurch ergebenden „Begleitumstände“, die für oftmaliges Unverständnis in der Bevölkerung sorgen, vermeiden bzw. stark minimieren.

In diesem Sinne stelle ich daher Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion

den Antrag,

dass bei Ausschreibungen für Bauarbeiten auf Straßen und Plätzen in neuralgischen Bereichen auf rasche Abwicklung der Bauarbeiten durch die Vorschreibung eines Zweischichtbetriebes Bedacht genommen wird. Gleichzeitig möge verstärkt darauf geachtet werden, dass die Baustelleneinrichtungen nicht für das Abstellen von Privat-PKW's missbraucht und die Baustelleneinrichtungen nur für die notwendige Dauer bewilligt werden. Darüber hinaus soll bei der derzeitig betriebenen Baustelle im Bereich der Radetzkystraße nachträglich durch das Straßenamt die Baudurchführung im Schichtbetrieb vorgeschrieben werden.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 27. April 2006

Gemeinderätin: Mag.^a Ulrike Taberhofer

Antrag

Betreff: **Unterstützung des Projekts der Wohninitiative für alleinerziehende Studierende/Auszubildende**

Alleinerziehende Studierende/Auszubildende, die mehrheitlich Frauen sind, haben in vielfacher Weise Probleme, das Studium, die Kindererziehung und die Existenzsicherung vereinbaren zu können. In Bezug auf die Ausbildung führt das sehr häufig auch dazu, dass sich die Studiendauer verlängert bzw. der Anteil der Studienabbrüche erhöht.

Deshalb ist es dringend erforderlich, diese Frauen bestmöglich darin zu unterstützen, ihre Berufsausbildung abschließen zu können, obwohl es den Tatsachen entspricht, dass selbst bei hoher Qualifikation die Arbeitslosigkeit insgesamt und in allen einzelnen Wirtschaftssektoren höher ist als jene der Männer bzw. Frauen verstärkt in Teilzeit, Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt werden und damit die ökonomische Eigenständigkeit nicht gegeben ist.

Die Wohninitiative für alleinerziehende Studierende/Auszubildende berücksichtigt in ihrem geplanten Projekt insofern die erschwerten Lebensbedingungen der alleinerziehenden Studierenden, indem sie eine Verbindung zwischen Wohn-, Ausbildungs- und Kinderbetreuungssituation herstellen und folgende konkrete Angebote setzen wollen:

Leistbare Wohnversorgung in 8 Wohneinheiten, angedacht sind ebenfalls ein Gemeinschaftsraum und ein Spielzimmer sowie ein Außenbereich mit Spielmöglichkeiten

- Beratung und Betreuung der alleinerziehenden Studierenden
- Vernetzungstätigkeit zu anderen Einrichtungen
- Informationsdrehscheibe für Betroffene

Das Projekt ist somit ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Ausbildungssituation für alleinerziehende Studierende/Auszubildende und bedarf aber auch der finanziellen Unterstützung durch die Stadt Graz.

Namens der KPÖ-Fraktion stelle ich deshalb folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden angewiesen, die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung des Projekts der Wohninitiative für alleinerziehende Studierende/Auszubildende zu prüfen und weitere Maßnahmen dazu einzuleiten.